



# Fünf Jahre Kreistagsfraktion Landkreis Oldenburg

Wahlperiode 2016 - 2021



## Wo lagen unsere Schwerpunkte

Klimaschutz, Mobilität, Sozialer Wohnungsbau, Umwelt,  
Werkvertragsarbeiter\*innen, Ökomodellregion, Schulverpflegung, Grundwasser...



Über 100 Anträge für eine bessere Zukunft





# Liebe Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Oldenburg

## Liebe Grüne Mitglieder und Freund\*innen

Die Kreistagsarbeit geht in die letzten Monate dieser Wahlperiode und am 12. September wird ein neuer Kreistag gewählt. Für uns als Kreistagsfraktion ist das Anlass, Bilanz zu ziehen. Wo waren wir besonders aktiv und was haben wir durch unser ehrenamtliches Engagement im Kreistag erreicht.

Wir konnten aufgrund der Mehrheiten (6 Grüne von 50 Kreistagsmitgliedern plus Landrat) längst nicht alle unserer Initiativen und Anträge erfolgreich umsetzen. Wir sind aber davon überzeugt, dass wir durch unser Wirken viele Impulse für eine gute und nachhaltige Landkreis-Entwicklung haben setzen können. Dabei ist es nicht immer entscheidend, gleich die Mehrheit bei Abstimmungen zu bekommen. Es ist zwar schön und unser Ziel, aber genauso wichtig ist es, Impulse zu setzen und Denkprozesse zu initiieren.

Als Beispiel sei hier unser permanentes Engagement für mehr Klimaschutz genannt. Beim klimaeffizienten Bauen der Kreisliegenschaften, Solaranlagen auf Dächern oder klimaneutralen Gewerbegebieten kommen wir in kleinen Schritten weiter. Es überwiegen aber noch zu oft die

Gegenargumente der anderen Parteien. Wir sind uns jedoch sicher, dass wir Denkprozesse bei fast allen anderen Kreistagsmitgliedern angestoßen haben. Ein Beispiel dafür ist die Radwegdiskussion im Rahmen einer Verkehrswende. Hier ist im Landkreis Oldenburg gerade einiges in Bewegung, weil auch andere Politiker\*innen die Vorteile von breiteren und gut ausgebauten Radwegen erkennen. Auch Radschnellwege durch den Landkreis sind durch vermehrtes E-Bikes fahren auf einmal möglich. Erste Machbarkeitsplanungen sind am Start.

Durch mehr Bündnis-Grüne im Kreistag wäre noch mehr möglich – aber das ist ein Zukunftsthema und daran arbeiten wir.

Insgesamt blicken wir zufrieden auf unsere Arbeit mit vielen inhaltlichen Themen zurück. Durch eine Vielzahl an Anträgen und Anfragen konnten wir gute Impulse in die Kreisentwicklung einbringen. Einen Querschnitt können Sie auf den nächsten Seiten nachlesen - bewusst manchmal in Antragsform - immer verbunden mit der Hoffnung, viele neue Mitstreiter\*innen für die Sache zu gewinnen.

### Das Grüne Kreistagsteam



Johannes Hiltner, Götz Rohde, Eduard Hüasers, Elke Szepanski, Reinhold Schütte, Hilko Finke

Unsere über 100 Anträge und die Pressemitteilungen der Kreistagsfraktion dazu finden Sie detailliert auf der Webseite:

<https://www.gruene-oldenburg-land.de/kreistag/anfragen-und-antraege/>

Bericht unter: <https://www.gruene-oldenburg-land.de/kreistag/>

Beratungsstand der Anträge: Juni 2021



## Klimaschutz

Auf Initiative von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Landkreis Oldenburg vor gut 5 Jahren mit großer Beteiligung der Bevölkerung ein Klimaschutz-Konzept erarbeitet und beschlossen. Einiges haben wir im Kreistag umsetzen können. So ist es uns gelungen, Akzente im Bereich „Energiesparen“ durch Sanierung der Kreisliegenschaften und Ökostrombezug zu setzen. Bei Neubauten von Schulgebäuden und der Erweiterung des Kreishauses haben wir Anträge für **eine Photovoltaikanlage** und – wenn sinnvoll – ein Grassdach einzuplanen, gestellt. Hier liegt unsere Erfolgsquote mittlerweile bei fast 100%. Beharrlichkeit zahlt sich aus! Die drei letzten Beispiele dafür sind das Kreishaus und die BBS in Wildeshausen sowie die Förderschule Vielstedter Straße in Hude.

Für einen anderen Mobilitätsansatz und zur Förderung des Radverkehrs der Landkreismitarbeiter\*innen entsteht in der Tiefgarage der Kreisverwaltung eine große Fahrradstation für Radler mit Duschen und Umkleieräumen. Zusätzlich werden für Dienstfahrten mehr E-Bikes angeschafft und der **PKW Fuhrpark** wird auf Antrag der Grünen in den nächsten Jahren auf E-Autos umgestellt. Einen Beschluss zu **Fahrrad-Schnellwegen** durch den Landkreis konnten wir auch erfolgreich einbringen.

Aber Klimaschutz ist längst noch kein Selbstläufer in der Kreisverwaltung, da Klimaschutz noch nicht als Querschnittsaufgabe verstanden wird. Nach unserer Auffassung müssen alle beim Klimaschutz in ihren Verantwortungsbereichen mitdenken – und nicht nur die Klimaschutzmanagerin.

### Grundsatzbeschluss zum Klimaschutz

Wir haben 2019 den Antrag eingebracht, den wir als Grundsatzbeschluss verabschieden wollten.

#### Der Antragstext und unser Beschlussvorschlag:

**„Bei künftigen politischen Entscheidungen im Landkreis Oldenburg hat die Eindämmung der Klimakrise höchste Priorität.“**

In allen Beschlusspapieren / Vorlagen für die Ausschüsse des Kreistages werden in Zukunft neben den fachlichen und finanziellen Ausführungen auch die Vor- und Nachteile der Entscheidung für unser Klima dargestellt. Wann immer möglich, werden jene Entscheidungen prioritär behandelt, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.

Das Beschaffungswesen des Landkreises wird für „mehr Klimaschutz“ evaluiert und es werden klimafreundliche Handlungsempfehlungen erarbeitet. Die Mitarbeiter\*innen werden dementsprechend geschult und unterwiesen.

Danach wären alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung gefordert, auf der Grundlage des Klimaschutzkonzeptes des Landkreises Oldenburg in ihrem Wirkungsbereich für „mehr Klimaschutz“ aktiv zu werden. Die Passivität hätte ein Ende und alle müssten einen aktiven Part einnehmen.

Hintergrund: Trotz lokaler und weltweiter Bemühungen über Jahrzehnte, den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren, nimmt die Konzentration auch im Landkreis kaum ab. Alle Maßnahmen, dem Klimawandel entgegen zu wirken, haben bisher wenig bis keinen Erfolg gezeigt, da das Wachstum der Wirtschaft und der Individualverkehr mit Verbrennerfahrzeugen den Erfolg in einzelnen Bereichen auffressen. Die Wissenschaft prognostiziert verheerende Folgen für die menschliche Zivilisation und die Natur auf dem Planeten Erde. Für uns ist es dringend erforderlich, jetzt auf allen Ebenen von Gesellschaft und Politik zu effizienten und konsequenten Maßnahmen zu greifen, um die Katastrophe noch aufzuhalten. Im Landkreis nahmen die CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Einwohner\*innen in den letzten 8 Jahren zwar um 0,9 Tonnen pro Jahr (t) ab, liegen aber mit 10,5 t deutlich zu hoch. Für das Ziel der Klimaneutralität „Netto-Null-Emissionen“ sind noch enorme Anstrengungen notwendig.



**Ergebnis der Beratung:** Der Antrag wurde leider von allen Parteien abgelehnt, da man noch auf Vorgaben der Landesregierung in Hannover warten möchte.

**Fazit: Unverständnis, Unverständnis, Unverständnis!**

Auch hier wird wieder deutlich, manche reden gerne über zu heiße Sommer, Starkregen, vertrocknete Felder, schmelzende Eiskappen und steigende Meeresspiegel mit den Konsequenzen für die dort lebenden Menschen, sind aber noch nicht bereit, auch selbst zu handeln. Dabei zeigen andere Kommunen, dass Klimaschutz in allen Ämtern gelebt werden muss, um Klimaschutz effizient zu gestalten.

Der **Ausbau der Radwege** ist ein weiterer Klimaschutzaspekt für eine andere Mobilität. Neben der Planung von Radschnellwegen werden verstärkt Haushaltsmittel für mehr und breitere Radwege entlang der Kreisstraßen zur Verfügung gestellt. Nicht erfolgreich waren wir bislang bei den innerörtlichen Kreisstraßen, wo die Grünen schon seit langem eine Nutzung der Straße mit entsprechender Kennzeichnung (Piktogramme, farblich abgesetzt) fordern. **Zur Steigerung des öffentlichen Nahverkehrs** haben wir mehrere Anträge gestellt, von festem 1/2 Stunden Takt für alle Bahnlinien bis hin zu **Mobilitätsstationen** für Fahrräder, E-Bikes und E-Autos an allen Bahnhöfen.



**Weitere Anträge mit Zielsetzung für mehr Klimaschutz:**

Die Erstellung eines **Solarkatasters** für Photovoltaikanlagen für alle Gebäude im Landkreis fand leider noch keine Mehrheit. Auch das Modellprojekt „**Klimaschutz in Gewerbegebieten**“ wurde abgelehnt. Ziel des Antrages war es, dass der Landkreis in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung (WLO) ein Konzept für Klimaschutz in bestehenden und zukünftigen Gewerbegebieten entwickelt. Dieses Konzept kann als Leitfaden für die Gemeinden dienen. Das Fachwissen der Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen (KEAN) sowie der Universität Oldenburg sollte hier mit eingebunden werden.

Hier haben die Grünen für eine „zukunftsorientiert andere Mobilität“ noch einige Aufgaben zu erledigen, um dem Haupt-CO2-Emittenten „Auto“ gute Alternativen entgegen zu setzen.



## Bezahlbarer Wohnraum & Soziales

Mit dem Antrag **sozialer und bezahlbarer Wohnraum** haben wir 2015 die Diskussion neu angeschoben. Da nicht gleich alle Kreistagmitglieder die Notwendigkeit sahen, wurde als erster Schritt ein kreisweiter Runder Tisch initiiert. Durch einen erweiterten Grünen Antrag 2017 wurde dann eine kreiseigene Fläche in Wildeshausen an die GSG abgegeben und ein Wohnprojekt mit Leuchtturm Effekt für bezahlbaren Wohnraum umgesetzt.

### Zentrale Erkenntnisse der Wohnungsmarktbeobachtung

Mehr Wohnungen schaffen, mit einem vielfältigen Angebot überall



7. Mai 2019 | "Regionaler Fachausschuss Wohnen" | Seite 7

Ein weiterer Schwerpunkt im sozialen Bereich, war die Unterstützung und Umsetzung für die Erweiterung bzw. den Neubau des **Frauen- und Kinder – Schutzhauses** des Landkreises Oldenburg. Hier sind die ersten Baumaßnahmen eingeleitet.



Des Weiteren haben wir im Ausschuss für Soziales und Gesundheit Vereine / Initiativen unterstützt, die zum Schutz von Mädchen und Frauen, die unter häuslicher Gewalt leiden, arbeiten.

Weiter haben wir uns für die Einstellung von **Schulsozialarbeiter\*innen** und für die Sprachförderung eingesetzt.



## Integration Geflüchteter & Wanderarbeiter\*innen

Ein wichtiger Teil der Ausschussarbeit im Integrations- und Gleichstellungsausschuss ist neben der Integration von Geflüchteten auch die der osteuropäischen Wanderarbeiter\*innen, die vor allem in unserer Region in Schlachtbetrieben arbeiten.

Auf unsere mehrfach gestellten Anträge hin wurde die zum Teil unmenschliche Arbeits-, Lebens- und Wohnsituation unserer europäischen Mitmenschen thematisiert und nach Lösungsansätzen gesucht, um diese Missstände anzugehen.

Und das bereits bevor die Pandemie das Problem der Werksverträge in diesem Arbeitsbereich an die Öffentlichkeit gebracht hat. Dabei hat uns das jahrelange Engagement von Prälat Kossen beeindruckt, dessen Wirken und schonungslose Darstellung der Missstände auf unsere Anregung hin Bestandteil unserer Ausschusssitzungen war.

Ein weiterer Antrag von unserer Fraktion zu diesem Thema führte dazu, dass eine Steuerungsgruppe mit



### 2. Aufgliederung der Verstöße nach Rechtsgebieten.

- Anzahl der Verstöße gesamt: 8.752.
- 5.863 Einzelverstöße im Bereich des Arbeitszeitrechts.
- 2.481 Mal fehlten arbeitsmedizinische Vorsorgen.
- 296 technische Arbeitsschutzmängel.
- 112 Mängel in der Organisation des betrieblichen Arbeitsschutzes.

Vertreter\*innen des Landkreises und betroffenen Kommunen eingesetzt wurde, die nach Wegen sucht, verwaltungs- und ordnungsrechtliche Instrumente zu finden, um die Situation zu entspannen.

Einen 1. Schritt in die richtige Richtung hat die Landesregierung NRW getan, indem sie eine entsprechende Untersuchung bei den hiesigen Betrieben durchgeführt hat mit dem Ziel, die Arbeitsschutz- und Lebensbedingungen von Werkvertragsarbeiter\*innen erheblich zu verbessern.

Hier der LINK zu dem Untersuchungsbericht:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MM117-218.pdf>

Auf unseren Antrag hin wurde im Wesentlichen folgender Beschluss gefasst:

Der Kreistag fordert die Bundes- und Landesregierung auf, die Durchführung einer Überwachungsaktion in Schlachthöfen / Zerlegebetrieben mit anschl. Bericht und Handlungskonzept, orientiert am Beispiel NRW, zu veranlassen.

Das Ergebnis war vorhersehbar: ein nettes Bekundungsschreiben der zuständigen Ministerien alles zu tun, um die Situation der betroffenen Arbeitnehmer\*innen zu verbessern, aber keine

Ankündigung durch entsprechende Untersuchungen und Handlungskonzepte, diesem Skandal unserer Arbeitswelt auf den Grund zu gehen.

Wir Grüne werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Lebens-, Arbeits- und Wohnbedingungen von osteuropäischen Wanderarbeiter\*innen erheblich verbessert werden, damit sie die Möglichkeit haben, sich besser in unserer Gesellschaft zu integrieren.

Ein Einstiegstor zur gesellschaftlichen Akzeptanz und Teilhabe ist das Erlernen der deutschen Sprache. Das gilt selbstverständlich auch für die hierher Geflüchteten.

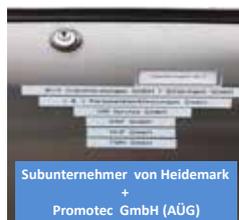
Deshalb haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass über den gesetzlich verankerten Rahmen hinaus ein Budget eingerichtet wurde, Sprachkurse sowohl für Geflüchtete als auch für europäische Wanderarbeiter\*innen möglich zu machen. Vor allem bei Geflüchteten im Zuge des Familienzuzugs kommt es häufig zu Situationen, in denen keine Sprachkurse gefördert werden. Hier fallen vor allem zugezogene Ehefrauen durchs Raster, wenn die Familie mit geringem Einkommen den Sprachkurs selbst bezahlen muss. Die Diakonie verwaltet dieses Budget und kann so Betroffenen unbürokratisch helfen.

unter\*innen möglich zu machen. Vor allem bei Geflüchteten im Zuge des Familienzuzugs kommt es häufig zu Situationen, in denen keine Sprachkurse gefördert werden. Hier fallen vor allem zugezogene Ehefrauen durchs Raster, wenn die Familie mit geringem Einkommen den Sprachkurs selbst bezahlen muss. Die Diakonie verwaltet dieses Budget und kann so Betroffenen unbürokratisch helfen.

### Situation in Ahlhorn!



Bilder aus Grüne Veranstaltung mit Daniela Reim, Beratungsstelle für mobile Beschäftigung



## Gleichstellung

Gleichstellung von Männern und Frauen ist auch in unserer Gesellschaft noch eine Herausforderung. Auf Antrag unserer Fraktion wurde das Thema „Häusliche Gewalt“ in der Fachausschusssitzung thematisiert. Dabei wurde deutlich, dass hier noch viel zu tun ist. Gerade in Zeiten der Pandemie verstärkt sich die Gewalt in der Familie, egal welcher Herkunft. Deshalb ist es wichtig, Frauen und Kindern, insgesamt Familien Beratungsangebote anzubieten und wenn nötig ein angemessenes Frauen - und Kinderschutzhaus zu bieten, in dem sie die Möglichkeit haben Zuflucht und Schutz zu erlangen.

Aber auch im normalen Alltag ist noch viel zu tun. Der Anteil der Frauen in der Politik schreit

nach Gleichstellungsmaßnahmen. Deshalb hat unsere stellvertretende Fraktionsvorsitzende Elke Szepanski von August 2019 bis Februar 2021 an dem Mentoring Programm des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung „Frauen Macht Demokratie“ als Mentorin aktiv teilgenommen und so erreicht, dass ihre Mentee bei der nächsten Kommunalwahl für den Gemeinderat einer Gemeinde hier im Landkreis kandidiert. Darüber hinaus hat sie u.a. im Kreistag versucht, auch auf versteckte Diskriminierung in unserer unmittelbaren Umgebung hinzuweisen. Ein Beispiel ist die Situation in Vereinen, die z. B. nur Männern die Mitgliedschaft gestattet. Das passt nicht mehr ins 21. Jahrhundert.

## Die Herausforderungen der Zukunft!

### Der Umweltausschuss im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichen Interessen und Erhaltung und Entwicklung von Natur und Umwelt.

Der Umweltausschuss des Landkreises Oldenburg hat in der aktuellen Legislaturperiode qualitativ einen großen Schritt nach "vorne" gemacht. Hauptakteurin war sicherlich die Fraktion der Grünen, die über 20 Anträge und Anfragen zu wichtigen Themen gestellt hat. Die Fraktion der Grünen hat auch mit Mehrheit der anderen Fraktionen eine Organisationsanalyse für die Untere Naturschutzbehörde (UNB) auf den Weg gebracht mit dem Ergebnis, dass die Struktur der UNB qualitativ und personell erheblich gestärkt wurde. So ist unter anderem die Leitungsebene neu aufgestellt worden mit einer verantwortlichen Amtsleitung statt wie bisher Bauamt- und UNB mit ein und derselben Person.

Die Neuausrichtung der UNB im Rückblick betrachtet, war mehr als überfällig und sollte als Chance begriffen werden, von einem bisher statischen Amt, welches anlassbezogen agiert hat, sich zu einem aktiv handelnden Amt zu wandeln.

Alle Maßnahmen, die dem Klimawandel mit seinen gravierenden Folgen für Mensch, Umwelt und Natur entgegen wirken, sind sinnvoll. Damit die notwendigen Schritte auch finanziert werden können, wurde auf unsere Initiative in der Verwaltung ein Fördermanagement eingerichtet.

Im Rückblick möchten wir einige Themen und Schwerpunkte an dieser Stelle kurz vorstellen:

### Antrag: Entwicklung eines Wassermanagement-planes im Landkreis Oldenburg

Der Klimawandel mit seinen Extremwetterlagen, beschäftigt den Nordwesten Deutschlands bereits seit mehreren Jahren. Insbesondere die Landwirtschaft wurde hart betroffen, wie die hohen Niederschläge im Jahr 2017 und die heißen Sommer im Jahr 2018 und 2019 mit Rekordtemperaturen zeigten.

Neben dem Grundwasserschutz wird die Wasserversorgung für die Bevölkerung, Natur und Umwelt sowie für die Landwirtschaft ein immer wichtigeres Thema. Auch in diesem Frühjahr kündigt sich eine weitere Trockenheit und damit Wasserknappheit an. Die oberen Bodenschichten sind weitgehend ausgetrocknet und die Bodenfeuchte in tieferen Schichten ist sehr niedrig. Zudem drohen Waldbrandgefahren. Die Neubildung von Grundwasser ist gefährdet und die Trinkwasserspeicher füllen sich nicht schnell genug wieder auf.



Klimawissenschaftler erwarten zukünftig eine Zunahme solcher länger anhaltenden extremen Wetterlagen. Dringender denn je gilt es deshalb, Maßnahmen umsetzen, wodurch das Wasser länger in den Böden gehalten wird. In der Vergangenheit wurden im Landkreis Oldenburg viele feuchte Flächen drainiert und die Fließgewässer zum schnelleren Abfluss begradigt und ausgebaut. Ebenso führt Starkregen zu plötzlichen auftretenden Überschwemmungen. Die zunehmenden



Extremwetterlagen erfordern ein entsprechendes Handeln, um die Auswirkungen von Dürre und Hochwassersituationen abzumildern.

Aus den genannten Gründen stellte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag, unter Beteiligung der unteren Naturschutz- und Wasserbehörde, der Unterhaltungs- und Naturschutzverbände, der Landwirtschaft, des OOWV etc. einen Wassermanagementplan zu entwickeln. Mögliche Inhalte können sein;

- Renaturierung von Vorflutern und Drosselung des Wasserabflusses durch Drainagen
- Einbau von fischgängigen Staustufen in Entwässerungsgräben
- Erosionsschutz, Pflanzen von Einzelbäumen, Baumreihen, Hecken
- Anreize zu Wassersparmaßnahmen in Industrie und Gewerbe, öffentlichen Einrichtungen und Privathaushalten

**Antrag: Durchführung einer Inventur der Naturschutzgebiete, die nicht unter die FFH-Richtlinie (Fauna-Flora-Habitatrichtlinie) fallen. Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel und personellen Ressourcen für die Durchführung der Inventur und Umsetzung erforderlicher Maßnahmen zum Erhalt und der Entwicklung der Naturschutzgebiete.**

Im Landkreis Oldenburg gibt es neben den FFH-Gebieten auch zahlreiche andere, d.h. ältere Naturschutzgebiete, die nicht der FFH-Richtlinie unterliegen. Über den derzeitigen Erhaltungs- und Entwicklungsstand der älteren Naturschutzgebiete liegen wenige Kenntnisse vor. Um die ökologischen Qualitäten der Naturschutzgebiete zu erhalten und zu entwickeln, ist ein regelmäßiges Monitoring in allen Schutzgebieten notwendig. Dementsprechend liegt die Zukunft der FFH-Schutzgebiete und aller anderen Naturschutzgebiete nicht in einer

Status- Quo- Fortschreibung, sondern es bedarf einer aktiven Betreuung der Gebiete.

**Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragte aus diesen Gründen folgende Maßnahmen:**

- Erarbeitung einer generellen Inventur aller Naturschutzgebiete
- Erstellung bzw. Anpassung von Management- bzw. Erhaltungs- und Entwicklungsplänen für alle Naturschutzgebiete
- Bereitstellung von personellen Ressourcen für ein dauerhaftes Monitoring
- Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel für die Inventur und Umsetzung von Erhaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen in geschützten FFH - Gebieten und anderen Naturschutzgebieten

**Antrag: Kompensationsflächenkataster für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Landkreis Oldenburg**

Unsere Fraktion stellte den Antrag, dass das Kompensationsflächenkataster auf der Homepage des Landkreises veröffentlicht wird. Sofern die Kompensationen, die aus der kommunalen Bauleitplanung resultieren, nicht oder nur unvollständig im Kompensationsflächenkataster enthalten sind, stellt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen weiteren Antrag: In Zusammenarbeit mit den Gemeinden hat der Landkreis dafür Sorge zu tragen, dass auch die Kompensationsflächen, die aus der kommunalen Bauleitplanung resultieren, erfasst und veröffentlicht werden.

**Begründung:**

Aufgrund der andauernden dynamischen Entwicklung im Landkreis Oldenburg durch die Ausweisung von neuen Bau-, Gewerbe- oder Industriegebieten und mit der Anlegung von Verkehrsflächen verbundenen Versiegelungen gehen viele naturnahe Flächen verloren. Zudem ist die Biodiversität im Agrarbereich in den vergangenen Jahrzehnten stark zurückgegangen. Dies gilt für viele verschiedene Organismengruppen von den Gefäßpflanzen bis zu Amphibien, Vögeln, Säugetieren und Insekten.

Aus den oben genannten Gründen ist es mehr als erforderlich, dass die vorgeschriebenen Kompensationsmaßnahmen erfolgreich und zügig umgesetzt werden müssen.



## Der ländlich geprägte Landkreis

Oldenburg gehört flächenmäßig zum großen Teil zum Naturpark Wildeshauser Geest und verfügt über vielfältige Natur- und Landschaftsschutzgebiete, Flussniederungen, Restmooren, eine einmalige Wallheckenstruktur sowie zahlreiche flächenhafte Natur- und Einzeldenkmale. Diese gilt es zu schützen, zu pflegen und weiter zu entwickeln.

**Wallhecken** sind gesetzlich geschützte und zu unterhaltende Landschaftsbestandteile. Sie stellen einen wichtigen Lebensraum für Fauna und Flora dar. Wallhecken sind ein altes Kulturgut und prägen maßgeblich den Naturpark Wildeshauser Geest. Auf Antrag der Grünen wurde erreicht, dass die Aktualisierung des Wallhecken - Katasters fortgeführt und die finanzielle Förderung der Anlage und Pflege von Wallhecken erhöht wird.

Für die Pflege und Unterhaltung der insgesamt **344 Naturdenkmale**, davon 220 flächenhafte Naturdenkmale, standen bisher etwa 60.000,00 Euro Haushaltsmittel pro Jahr zur Verfügung. Davon wurden im Jahr 2019 für flächenhafte Naturdenkmale lediglich 27.000,00 Euro ausgegeben. Mit einem Antrag im September 2020 hat die Fraktion die Kreisverwaltung gebeten, für mehr Pflege von vernachlässigten flächenhaften Naturdenkmälern im Landkreis zu sorgen. Es wurde im Rahmen der Haushaltsberatungen mehrheitlich zugestimmt, bis Ende 2021 ein Konzept für die Pflege und Unterhaltung dieser Naturdenkmale im Landkreis Oldenburg vorzustellen und für die Umsetzung entsprechende Mittel in den Haushalt für das Jahr 2022 einzuplanen.



Naturdenkmal – Hügelgrab; es fehlt ein Pflegekonzept

Der Trend der Verschotterung der Gärten, vorwiegend in Neubaugebieten, nimmt leider zu. Aber auch in bestehenden Vorgärten verdrängen Steinschüttungen zunehmend Pflanzenanlagen. Bei Starkregen kann so das Wasser nicht mehr schnell genug versickern. Klimaschützer\*innen, Gartenfachleute und Naturschützer\*innen schlagen Alarm und sprechen sich für blühende, naturnah gestaltete Flächen aus.

Die Grünen sehen auch den Landkreis in der Pflicht und haben die Bauaufsichtsbehörde in einem Antrag gebeten, Maßnahmen zu ergreifen, dem Trend der Verschotterung entgegen zu wirken. Leider setzt die Kreisverwaltung vorrangig auf Überzeugungs- und Beratungsarbeit und verweist auf die Zuständigkeit der Bauleitplanung der Gemeinden. In künftigen Baugenehmigungen sollen Informationsblätter beigelegt werden.



Der **Schutz der Wälder und Straßenbäume** im Landkreis hat für die Grünen höchste Priorität. Waldnaturschutz und Klimaschutz gehören zusammen. Auch wenn die Forstwirtschaft nicht Bestandteil des integrierten Klimaschutzkonzeptes des Landkreises Oldenburg ist, sind Wälder ein bedeutender Kohlenstoffspeicher und gleichzeitig die wichtigste terrestrische Kohlenstoffsenke.

Mehrere Anträge und Anfragen wurden an die Kreisverwaltung gerichtet. So eine längere Anfrage zur überzogenen forstwirtschaftlichen Nutzung in allen landeseigenen Waldnaturschutzgebieten im Landkreis durch die Niedersächsische Landesforstverwaltung. Ein Antrag der Grünen fordert die Novellierung der Standards und Grundsätze in den **Erhaltungs- und Entwicklungsplänen**

(Managementpläne) für die Waldnaturschutzgebiete. Der Naturschutz darf nicht länger forstwirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden.

Die Kreisgrünen setzten sich mit einem entsprechenden Antrag für **den Erhalt von knapp 40 ha Wald** an der A I Wildeshausen – West ein, den die Stadt Wildeshausen für die Errichtung eines Autohofes und als Industriegebiet opfern will. Der Flächennutzungsplan der Stadt Wildeshausen wird von der Mehrheit der Mitglieder im Fachausschuss des Kreises nicht geteilt.

Allein in Norddeutschland sind noch heute wichtiges Element der regionalen Identität. Nicht der Einzelbaum an sich, sondern das Ensemble Allee-Straße beeindruckt dabei besonders. Straßenbegleitende Alleen sind allerdings aufgrund des Ausbaus von Straßen in ihrem Bestand häufig gefährdet. Zusammen mit einer örtlichen Initiative und Naturschutzverbänden konnte die geplante Fällung der Buchenallee an der Iserloyer Straße, Gemeinde Dötlingen, neben dem geplanten Gewerbegebiet verhindert werden. Das gelang auf Antrag der Grünen, die Kreisstraße in dem Bereich zu verschwenken.

### **Masterplan für die Ahlhorner Fischteiche**

In einem weiteren Antrag wurde zusammen mit der SPD die Verwaltung beauftragt, in Abstimmung mit dem Landkreis Cloppenburg Maßnahmen

zu ergreifen, damit sich der ökologische Zustand der Ahlhorner Fischteiche wegen Wassermangels und hohen Nährstoffeinträgen gestoppt wird. Der Fachausschuss hat einstimmig beschlossen: „Zur Sicherung des Schutzgebietes Ahlhorner Fischteiche wird ein Masterplan Obere Lethe als notwendig anerkannt. Die Kreisverwaltung wird gebeten, diesbezüglich umgehend Kontakt zum Landkreis Cloppenburg und zum Niedersächsischen Umweltministerium aufzunehmen, um dieses Vorhaben zu realisieren.“

### **Landschaftsrahmenplan – Fachgutachten**

Eine wesentliche Grundlage der Landschaftsplanung und des Naturschutzes im Landkreis Oldenburg stellt der Landschaftsrahmenplan (LRP) dar. Die Grünen im Kreistag befürworten nachdrücklich die neue Fassung des Fachgutachtens. Das wurde in einer ausführlichen Pressemitteilung der Grünen deutlich herausgestellt. Mit dem fast fertigen neuen Landschaftsrahmenplan liegt nun dem Landkreis ein Plan vor, in die eine stabile Vielfalt von Pflanzen und Tieren, Biotopverbundsystemen sowie eine intakte und schutzwürdige Landschaft im Landkreis abgebildet wird. Das ist nicht nur bedeutsam für die nachhaltige Landbewirtschaftung, sondern auch für den Erhalt und die gegenwärtige Weiterentwicklung des Naturparks Wildeshäuser Geest.





## Umweltschutz durch Erleben

Die evangelisch-lutherische Kirche Oldenburg zieht sich aus der Trägerschaft der bekannten Kinder- und Jugendfreizeitstätte Blockhaus Ahlhorn aus wirtschaftlichen Gründen zurück. Die Grünen haben zusammen mit der SPD die Kreisverwaltung in einem Antrag um eine Konzeptplanung gebeten, wie die Trägerschaft des Tagungshauses als vielfältige Bildungseinrichtung weiterhin im Bestand gesichert werden kann. Ziel ist ein Betreiber\*innen Zusammenschluss für eine langfristige Nutzung im Sinne einer nachhaltigen Umweltbildung verbunden

mit den bisherigen kirchlichen Aktivitäten.

Der kürzlich beschlossene „Niedersächsische Weg“ eröffnet eine bisher nicht einmal ansatzweise erhoffte Chance bezüglich der Zusammenarbeit zwischen Naturschutzverbänden und Landwirtschaft. Das Land Niedersachsen will beispielsweise bis 2025 zusätzlich 15 Ökostationen zur Gebietsbetreuung errichten. Die Grünen sind zuversichtlich, dass die Integration einer Ökologischen Station auch im Blockhaus Ahlhorn umgesetzt wird.



## Mobilität

**Mobilität neu organisieren und Vorfahrt für Fahrräder und Züge war unser Denkansatz bei den Anträgen und Diskussionen im Ausschuss.**

### Zug- und Radverkehr

Um den Ansprüchen nach einem attraktiven Angebot im **Personenverkehr auf der Schiene** im Landkreis Oldenburg nachzukommen, sind die Eisenbahnstrecken zwischen Bremen/Delmenhorst Richtung Osnabrück sowie von Oldenburg Richtung Osnabrück zu modernisieren und auszubauen. Zusätzliche Haltepunkte sind einzurichten. Bündnis 90/Die Grünen beantragten zu prüfen, ob eine durchgängige Zweigleisigkeit von Oldenburg nach Süden sinnvoll ist oder zusätzliche Begegnungsgleise ausreichen. Die jetzigen Dieseltriebwagen sind durch klimafreundliche elektrische oder Wasserstoffzüge zu ersetzen. Auf eine Elektrifizierung kann verzichtet werden, wenn Wasserstoff betriebene Züge zum Einsatz kommen.

Die Grünen sehen in der Schaffung eines Halbstundentaktes der Regio-S-Bahn OL -HB und Verbesserung der Regionalverbindungen DEL – OS und OL – OS. einen großen Anreiz für Berufspendler\*innen und Fernreisende, vom Auto auf die Bahn umzusteigen. So kann auch ein Beitrag zur Senkung der CO<sup>2</sup>-, Stickoxid- und Feinstaubemissionen geleistet werden.

Nach mehreren Anträgen der Grünen Fraktionen in der Gemeinde Ganderkesee und im Landkreis wurde von der Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen bekanntgegeben, dass der Halbstundentakt zwischen Hude und Bremen nach dem Zielkonzept 2022+ verankert ist. Leider ist

für den Haltepunkt Wüstring kein Halbstundentakt vorgesehen.

Die Planung und **Errichtung von Radschnellwegen** besonders im nördlichen Bereich des Landkreises Oldenburg wurde seit mehreren Jahren diskutiert. In der Umsetzung sind jedoch bisher kaum messbare Erfolge erzielt worden. Auf Anträge der Grünen wurde ein Regionales Mobilitätskonzept für den Radverkehr beraten. Kernpunkt des Konzeptes ist die Entwicklung und Umsetzung von Radschnellwegen und Fördermöglichkeiten. Unter Einbeziehung aller Gemeinden und des Kommunalverbundes Niedersachsen/Bremen e.V. wurde nun als erster Schritt eine Machbarkeitsstudie für eine Radschnellwegverbindung von Ganderkesee nach Bremen auf den Weg gebracht.



Ortstermin Radwegebrette in Ganderkesee - Heide

Unter dem Gesichtspunkt der sich verändernden Einstellung der Bevölkerung im Landkreis zu mehr E-Mobilität im Radverkehr und den damit verbundenen größeren Streckenradien fordern die Grünen die Planung weiterer Radschnellwege. So von der Stadt Oldenburg in Richtung Süden und nach Delmenhorst.

Entlang der Landesstraße **zwischen Harpstedt und Bassum fehlt ein Rad- und Fußweg**. Radfahrer\*innen und Fußgänger\*innen sind gezwungen, die Fahrbahn zu benutzen, bzw. Fußgänger müssen auf dem unbefestigten Seitenstreifen gehen. Die Grünen setzen sich vor allem aus Sicherheitsgründen dafür ein, entlang der schnell befahrenen Straße einen abgesetzten Rad- und Fußweg anzulegen. Der Fachausschuss hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, dass die Kreisverwaltung

sich bei der Fortschreibung des Radwegekonzeptes des Landes Niedersachsen für die Einstufung eines Radwegneubaus an der L 776 von Harpstedt bis zur Kreisgrenze in den „vordringlichen Bedarf“ einsetzt. Nach Vorliegen einer konkreten Planung und einer planrechtlichen Genehmigung sollen die Haushaltsmittel rechtzeitig in den Haushalt eingestellt werden.

Ein weiterer Antrag beschäftigte sich mit **Mobilitätsstationen an allen Bahnhöfen** im Landkreis Oldenburg. Ausgestattet mit sicheren Fahrradabstellanlagen und Ladeinfrastruktur für E-Bikes und E-Autos könnte hier ein weiterer Anreiz für klimafreundliche Mobilität geschaffen werden. Im nächsten Kreistag werden wir einen neuen Anlauf starten.

## Landwirtschaft & Ernährung

### Öko-Modellregion Landkreis Oldenburg plus Stadt Oldenburg

Nach gut einem Jahr Abstimmung mit den anderen im Kreistag vertretenden Parteien wurde unserem Antrag **zugestimmt, die „Öko-Modellregion“** für mehr Bio-Landwirtschaft und Regionalvermarktung im Landkreis auf den Weg zu bringen. Bei dem Arbeitstitel Öko-Modellregion handelt es sich um ein Förderprogramm der Landwirtschaftsministerin Otte-Kinast. In den Vorabstimmungen mit den anderen Parteien ging es von Ablehnung (CDU) bis Beteiligung der Landwirtschaft bei der Konzeptentwicklung (Die Linke). Laut Ausschreibungstext des Landwirtschaftsministeriums ist das Beteiligungsverfahren aber Grundvoraussetzungen für die Einreichung eines Konzeptes mit Zielen und Maßnahmenplanung. Durch beharrliches und geschicktes Verhandeln konnte letztlich eine Mehrheit organisiert werden.

#### Der Beschluss:

**Der Kreistag des Landkreises Oldenburg ist bestrebt, den Anteil der Ökolandbaufläche im Landkreis zu erhöhen und die regionale Vermarktung zu fördern. Eine Möglichkeit sieht er in der Bildung einer Öko-Modellregion Landkreis Oldenburg und will dazu einen entsprechenden Antrag an das Niedersächsische ML stellen.**

**Zur Vorbereitung des einzureichenden Antrages werden unter professioneller Begleitung alle Akteure eingebunden, um eine möglichst breit getragene Unterstützung zu sichern. Ziel ist die Schaffung eines Angebotes, keine Verpflichtung. Das Ergebnis wird dann im Ausschuss vorgestellt. Der Landrat wird beauftragt, parallel mit der Stadt Oldenburg Gespräche über die Bildung einer Modellregion Stadt und Landkreis Oldenburg zu führen. Die notwendigen Haushaltsmittel werden in den Haushalt 2021 eingestellt.**



**Fazit:** Es bedurfte einiges an Ausdauer und Gespräche, möglichst alle Fraktionen ins Boot zu holen. Für die Landwirtschaft wird die Möglichkeit eröffnet sich Schritt für Schritt mit dem Ökolandbau und der Regionalvermarktung zu beschäftigen. Nach der Konzeptentwicklung wird beim Niedersächsischen Landwirtschaftsministerium der Antrag auf Einrichtung einer Öko-Modellregion eingereicht. Mit einer finanziellen Förderung von 75% für die Projektleiter\*innenstelle für drei Jahren können so neue Impulse für mehr Ökolandbau und Regionalität entwickelt und umgesetzt werden.

**Die Aussichten sind gut.** Die Nachfrage nach Ökoprodukten wächst ständig und kann von den einheimischen Betrieben nicht annähernd gedeckt werden. In 2020 ist die Nachfrage / der Absatz von biologischen Produkten um über 20% gestiegen. Die Ökofläche im Landkreis Oldenburg lag im Jahr 2019 mit 2,5% deutlich unter dem Niedersächsischen Landesdurchschnitt von 4,7% und dem Bundesdurchschnitt von 9,1%. Eine Öko-Modellregion ist nach Auffassung der Grünen am besten entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu entwickeln. Viele Verbraucher\*innen leben in den Städten und sagen dass sie bevorzugt regional und Bio einkaufen, brauchen aber oftmals noch den letzten Impuls von „sagen zum handeln“.

**Aktueller Stand April 2021:** Das Konzept befindet sich in der Bearbeitung und es finden Expert\*innen Gespräche entlang der Wertschöpfungskette statt, so dass der Antrag in den nächsten Monaten beraten wird und im Herbst gestartet werden kann. **Daher braucht es auch in 2022 eine starke Grüne Kreistagsfraktion für weitere positive Akzente in der Agrar- und Ernährungswende.**



Kartoffelvielfalt plus Möhre

## Regional Handeln & Vorbildfunktion

### Regionale Wochen im Landkreis

Als guter Entwicklungsschritt für mehr regionalen Handel und Vernetzung sowie Bewusstseinsbildung ist auch unser einstimmig angenommener Antrag für mehr **Regionale Produkte in der Gastronomie** zu werten.

**Der Antrag sieht vor, dass der Landkreis für die Konzeption, Öffentlichkeitsarbeit und Umsetzung einer „Regionalwoche“ pro Jahr Haushaltsmittel von 10.000,- Euro in den Haushalt 2020 einstellt. Die Konzeptentwicklung erfolgt im Hauptamt (Klimaschutz) unter Einbeziehung der Landkreis-Gastronomie, der DeHoGa und des Zweckverbandes Wildeshäuser Geest. Ein Kriterium sollte sein, dass die Gastronomiebetriebe in dieser Woche 3-5 Gerichte mit 90%**



**Produktanteil von landwirtschaftlichen Betrieben aus dem Landkreis Oldenburg anbieten. Auf Convenience Produkte sollte verzichtet werden. Weitere Kriterien sollten entwickelt werden.**

Die Federführung hat hier der Zweckverband Wildeshäuser Geest, Träger des Naturparks, übernommen, der viele übergeordnete touristische Ziele verfolgt und der seit Jahren im Herbst die Wildwochen in der Region organisiert. Der Zweckverband hat die neue Aufgabe gerne als weitere Profilierungschance angenommen und im ersten Schritt, wie in der Antragsbegründung schon aufgeführt, in Zusammenarbeit mit der Uni Oldenburg im Rahmen einer Masterarbeit das Thema aufarbeiten lassen. Thema der Arbeit: Direktvermarktung und nachhaltige Regionalentwicklung, Bedarfsfeststellung und Konzeptionierung einer „Regionalen Woche“ im Naturpark Wildeshäuser Geest.

### Anmerkung:

Die Aufgaben von Naturparks sind im Bundesnaturschutzgesetz in § 27 Abs. 1 gesetzlich verankert und werden vom Verband Deutscher Naturparke (VDN) folgendermaßen formuliert: Bildung für nachhaltige Entwicklung, Naturschutz und Landschaftspflege, Erholung und Nachhaltiger Tourismus, Nachhaltige Regionalentwicklung



### Aktueller Stand April 2021:

Die Masterarbeit mit Befragungen von Gastronomen und Landwirten ist fertig und die Ergebnisse wurden in kleiner Runde im April vorgestellt. Viele Akteure sehen darin eine Chance für die regionale Gastronomie und die Empfehlung der Arbeit ist eindeutig. Statt einer Woche wünscht sich die Gastronomie aber einen Monat, damit sich der Aufwand lohnt und zum Start sollte die Übernahme der Koordinierungs- und Öffentlichkeitsarbeit durch den Zweckverband erfolgen.



Die Kreistags-Grünen setzen darauf, dass viele Verbraucher\*innen diesem regionalen Ansatz nacheifern. Die Klimafakten im Ernährungsbereich sind nach einer Ausarbeitung der Verbraucherzentralen eindeutig: Regionaler und saisonaler Einkauf bedeutet bis zu 10% weniger Klimabelastung, 100% Bio-Produkte bis zu 27% und eine fleischreduzierte Ernährung mit mehr Gemüse bis zu 31% sowie vegan sogar bis zu 42% weniger Klimabelastung. Hier müssen wir alle Step by Step unser Verhalten den Klimanotwendigkeiten anpassen, wobei die Landkreis-Verwaltung immer als Vorbild dienen sollte.

## Kinder & Ernährung

### Gesunde Ernährung in Schulen

Unser **Antrag „Gesunde, regionale und Bio - Lebensmittel in den Schulen des Landkreises“** wurde leider abgelehnt, da die alleinige Verantwortung bei den Eltern gesehen wird. Auch hier haben wir die Problematik, dass die Herausforderung gesehen wird, aber der erste Schritt einer Konzeptentwicklung unter Beteiligung der Eltern nicht gemacht wird. Wir bleiben am Ball bzw. an den Kindern dran!





## Fair Trade Landkreis

### Fairer Handel im Landkreis Oldenburg

**Der Antrag: Der Landkreis Oldenburg schließt sich der internationalen Kampagne von „Fairtrade-Towns“ an, um den Fairen Handel auf lokaler Ebene zu fördern. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, sich als Fairtrade-Landkreis Oldenburg zu bewerben und zur Erreichung des Ziels alle notwendigen Maßnahmen einzuleiten. Die für die Verleihung des Titels „Fairtrade-Landkreis“ zu erfüllenden Kriterien sind schnellstmöglich zu erreichen.**

**Hintergrund:** Unsere Kreistagsfraktion setzt sich sowohl vor Ort, also regional, aber auch global für ein gerechtes Handeln ein. **Regional** bedeutet für uns, wie wir z.B. die Rahmenbedingungen für unsere Landwirte gestalten, damit sie faire Erzeuger\*innenpreise zum Beispiel für Milch bekommen. Aber auch die Rahmenbedingungen der Werkvertragsarbeiter\*innen sind Thema für uns.

Im **globalen** Kontext bedeutet fair für uns, ob der Landkreis als Konsument auf faire Rahmenbedingungen beim Anbau, zum Beispiel beim Einkauf von Kaffee oder Tee, achtet. Auch Fußbälle und Berufskleidung werden zum Teil unter menschenunwürdigen Bedingungen produziert. Bei den Ausschreibungen und der Beschaffung sollte der Landkreis vorbildlich handeln.

„Fairtrade-Landkreis“ zu werden bedeutet, ein konkretes Zeichen für eine gerechtere Welt zu setzen. Damit tragen der Landkreis Oldenburg und

seine engagierten Bürgerinnen und Bürger dazu bei, dass die Produzent\*innen in den Ländern des globalen Südens bessere Preise für ihre Produkte erhalten und sie mit ihren Familien ein menschenwürdiges Leben führen können.

**Aktueller Stand:** Der Antrag wurde leider von allen anderen Parteien abgelehnt. Die Gemeinden sollten den ersten Schritt gehen, so einige Aussagen aus Politik und Verwaltung. Für uns als Kreistagsfraktion ist das ein Wegschieben von Verantwortung und wir werden zu gegebener Zeit den Antrag neu stellen.



## Finanzen

### Nicht immer haben wir in der vergangenen Wahlperiode der Haushaltsatzung des Landkreises zugestimmt.

Zum Beispiel blieben zum Haushaltsplan 2020 zu viele Fragen unbeantwortet. Es gab eine erhebliche Aufstockung der Stellen in der Kreisverwaltung, die nicht in allen Fällen von uns mitgetragen wurde. Darüber hinaus forderten wir, im Klimaschutz deutlich ambitioniertere Ziele zu setzen.

Ein wiederkehrendes Thema bei den Haushaltsberatungen ist die Senkung der Kreisumlage, die verständlicherweise auch immer wieder von den

Landkreisgemeinden und der Stadt Wildeshausen eingefordert wurde und wird. Wir haben uns entschlossen, eher den Weg der projektbezogenen Entlastung zu gehen, weil eine Senkung der Kreisumlage vor allem den reicheren Kommunen zugutekommt.

So haben wir Mitte 2018 den Beschluss mitgetragen, dass der Landkreis im Rahmen seiner Ausgleichsfunktion einzelfallbezogen für besondere,

gemeindeübergreifende Vorhaben der kreisangehörigen Kommunen erforderliche finanzielle Mittel bereitstellen soll.

Als erste Kommune profitierte auf unseren Antrag hin die Gemeinde Hatten davon, die für die Erweiterung der Waldschule einen Baukostenzuschuss vom LK erhielt, da die Schule einen erheblichen Schüler\*innen-Anteil von der Gemeinde Wardenburg auffängt. Die Unterstützung von weiteren Projekten ist geplant, wie die Klosterruine Hude, Stedingehre in Bookholzberg und das jüngste „Sorgenkind“, das Ahlhorner Blockhaus, um nur einige Beispiele zu nennen.



Diese Maßnahmen von teils überregionaler Bedeutung wären für die einzelnen Kommunen eine zu große finanzielle Belastung, die sie allein nicht tragen könnten, weil die Kosten der meisten Projekte in die Millionenbeträge gehen. Zum Vergleich: eine Entlastung der Kommunen von einem Prozentpunkt Kreisumlage bedeutet für alle 8 Gemeinden/Stadt zurzeit insgesamt 1,5 Mio Euro, unterschiedlich verteilt, je nach Steuerkraft der Kommunen.



Demgegenüber haben die Kommunen über die Beteiligung der Betriebskostenregelung in Krippen und Kindergärten eine erhebliche finanzielle Entlastung erfahren (jährlich für alle Kommunen insgesamt ca. 1,9 Mio). Wir glauben dass diese Zuwendung eine gerechtere Verteilung der Mittel darstellt, die auch an der richtigen Stelle ankommt.

Zum Haushalt 2021 haben wir den Beschluss unterstützt, dass der Landrat mit den Kommunen in Gesprächen über weitere finanzielle Entlastungen einsteigen soll.

Und wie sieht es mit den eigenen Investitionen aus? Auf unseren Antrag hin, wurde bei Investitionen von erheblicher finanzieller Bedeutung eine Wertgrenze beschlossen bei der vor Umsetzung der Maßnahmen durch einen Wirtschaftlichkeitsvergleich unter mehreren in Betracht kommenden Möglichkeiten die wirtschaftlichste Lösung ermittelt wird. Die Wertgrenzen liegen bei dem Erwerb von beweglichen Sachvermögen bei 125.000 und bei Hochbaumaßnahmen bei 500.000 Euro.

Alles in allem wünschen wir uns mehr finanzielle Beleuchtung einzelner Maßnahmen, selbstverständlich immer unter Berücksichtigung einer nachhaltigen und ökologischen Bewirtschaftung. Dabei sollte das Instrument des Controllings in der Verwaltung weiter ausgebaut werden. Dies hat ein entsprechender Antrag unserer Fraktion zu diesem Thema deutlich gemacht.





# Unsere Grüne Kreistagsstruktur im Landkreis Oldenburg mit Inhalte und Aufgaben sowie unsere Grünen Vertreter\*in

Die Entscheidungsorgane des Landkreises sind der Kreistag, der Kreisausschuss und der Landrat. Die Fachausschüsse bereiten in der Regel die Beschlüsse des Kreisausschuss bzw. des Kreistages vor.

## **Kreistag:**

die Vertretung der Einwohner\*innen ist das wichtigste Organ, legt u.a. die grundlegenden Ziele der Entwicklung des Landkreises fest und beschließt über die Richtlinien, nach denen die Verwaltung geführt werden soll.

**Alle Grünen Kreistagsabgeordneten**

## **Kreisausschuss**

Der Kreisausschuss entscheidet über die Angelegenheiten, für die der Kreistag nicht originär zuständig ist (§ 58 NKomVG) und die nicht in die Entscheidungsgewalt des Landrates fallen. Dies sind z. B. die Auftragsvergaben ab einem gewissen Wert, Personalentscheidungen auf höherer Ebene, Beschlüsse, die die Fachausschüsse vorbereitet haben.

**Elke Szepanski**

## **Finanzausschuss**

Der Ausschuss beschäftigt sich mit der Haushaltsplanung incl. Stellenplan, Jahresrechnungen, grundsätzliche Fragen der Haushaltsführung, wie z. B. Controlling, Wirtschaftlichkeitsberechnungen, ...

**Elke Szepanski, Hilko Finke**

## **Struktur- und Wirtschaftsausschuss**

Ausschussthemen: Wirtschaftsförderung; Breitband und Digitalisierung, Klimaschutz, Tourismus, Mobilität im ländlichen Raum, Schienenpersonennahverkehr, Regionales Raumordnungsprogramm, Förderung ökologischer Landbau, Fair Trade, LEADER-Förderprogramm, Wildeshäuser Geest, ...

**Reinhold Schütte, Eduard Hüfers**

## **Straßen- und Brandschutzausschuss**

Ausschussthemen: Sanierung und Instandsetzung Kreisstraßen, Radwegebau, Entwicklung Rad-schnellwege, Verkehrssicherheit, Rettungswesen, Feuerwehrangelegenheiten, Veterinärwesen und Verbraucherschutz; Kreishäuserweiterung, ...

**Götz Rohde, Reinhold Schütte**

## **Umwelt- und Abfallwirtschaftsausschuss**

Ausschussthemen: Schutzgebietsausweisung, Arten- und Biotopschutz, Schutz und Pflege flächenhafter Naturdenkmale und Wallhecken, Erhalt und Entwicklung der Wälder und Moore,

Umsetzung „Nds. Weg“, Boden- und Wasserschutz, Landschaftsrahmenplan, Abfallvermeidung und Abfallentsorgung, ...

**Johannes Hiltner, Reinhold Schütte**

## **Sozial- und Gesundheitsausschuss**

Ausschussthemen: Aufgaben des Gesundheitsamt; Gesundheitsregion; Frauen und Kinderschutzhaus ; Beratungsstelle Olip, Oldenburger Interventionsprogramm, Schutz vor häuslicher Gewalt; Job-Center; Arbeitslosenberatung; Inklusionspreis, ...

**Hilko Finke, Johannes Hiltner**

## **Integrations- und Gleichstellungsausschuss**

Ausschussthemen: Integration von Geflüchteten und europäischen Arbeiter\*innen im Billiglohnssektor, insbesondere hier die Arbeits- und Wohnbedingungen, Gleichstellungsangelegenheiten, ...

**Elke Szepanski**

## **Schul- und Kulturausschuss**

Ausschussthemen: Sanierung und Modernisierung Schulgebäude; Modernisierung der technischen Schulausstattung, Digitalisierung der Schulen – WLAN; Förderung von Kulturveranstaltungen, Schülerbeförderung, ...

**Götz Rohde, Hilko Finke**

## **Jugendhilfeausschuss**

Ausschussthemen: Familien- und Jugendhilfeangebote fördern und planen, Beteiligung bei der Kindertagesstätten-Planung, Sitzungsgestaltung zur Förderung in der Kindertagespflege, Kostenbeiträge, Festlegung von Zuschüssen für freie Träger der Jugendhilfe, Zuschüsse beim Bau von Kindergärten, ...

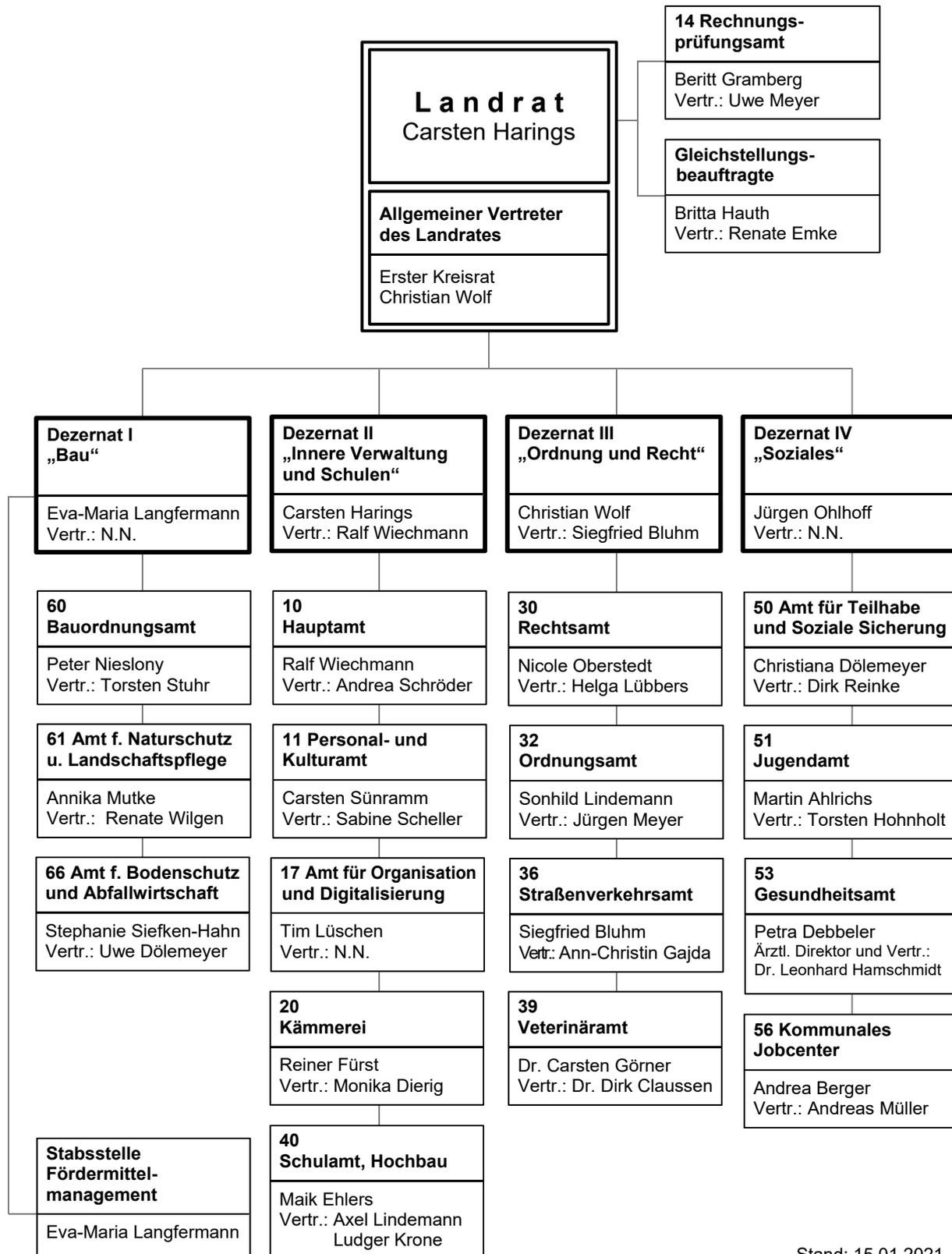
**Johannes Hiltner**

**Darüber hinaus** gibt es noch Vertreter\*innen des Landkreises in der Gesellschafterversammlung oder einem der Gesellschafterversammlung entsprechenden Organ von Eigengesellschaften oder von Unternehmen oder Einrichtungen, an denen die Kommune beteiligt ist. Das geht von der Oldenburgischen Landschaft über den OOWV bis hin zur Kreismusikschule und Klimaschutzbeirat. Diese Vertretungen umfassen 26 Organisationen.



# Die Verwaltungsstruktur mit Aufgaben der Kreisverwaltung und Politik

Daraus abgeleitet erkennt man die diversen Möglichkeiten der Kreispolitik



Stand: 15.01.2021



## Die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen



**Eduard Hüesers** – Fraktionsvorsitz & Pressesprecher  
Hosüner Sand 2  
26197 Huntlosen  
Tel.: 04487-580  
huesers@gruene-oldenburg-land.de



**Elke Szepanski** - Stellvertretende Fraktionsvorsitzende  
An der Schule 8  
27798 Hude  
Tel.: 04484 9579408  
elke.szepanski@gmx.de



**Götz Rohde** - Stellvertretender Fraktionsvorsitzender  
Dishoffstraße 3  
27243 Harpstedt  
04244-9185747  
g.rohde@musch-delank.de



**Hilko Finke** – Ausschussvorsitzender  
Vielstedter Straße 25  
27798 Hude  
04408-922005  
hilko.finke@web.de



**Reinhold Schütte** – Kreistagsmitglied  
Baumstr. 29  
27777 Ganderkesee  
04221-987191  
reinhold.schuette@gmx.de



**Johannes Hiltner** – Kreistagsmitglied  
Im Orthbruch 6  
26203 Wardenburg  
04407-979929  
johannes.hiltner@ewetel.net

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**



## **BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN OLDENBURGER LAND**

Kreisgeschäftsstelle:

Birte Wachtendorf

Friedrichstraße 4a, 27798 Hude

Tel: 04408-7702, Fax: 04408-923499

E-Mail: [birte.wachtendorf@t-online.de](mailto:birte.wachtendorf@t-online.de)

Impressum:

Erstellt: Juli 2021; VisdP: Eduard Hüasers

Fotos: Hilko Finke, Meendert Buurman, Eduard Hüasers, Götz Rohde

Klimaneutral gedruckt auf Recyclingpapier bei Flyerheaven, Oldenburg

